

Niederschrift über die Anliegerversammlung am 13.06.2019 zu der geplanten Ausbaumaßnahme „Lindenweg“

Ort	Konferenzräume der Stadthalle Lahnstein
Beginn	18.00 Uhr
von der Verwaltung anwesend	Herr Becher Herr Becker Frau Merten Frau Puggé Frau Loch
vom Ingenieurbüro Weinand von der Syna	Herr Weinand Herr Ludwig
Gäste	laut beigefügter Anwesenheitsliste (Eintragungen nicht vollständig - ca. 32 Personen)

Herr Becker begrüßt die anwesenden Anlieger der Straße „Lindenweg“, stellt die Vertreter des Ingenieurbüros, des Versorgungsunternehmens sowie der Verwaltung vor und gibt den geplanten Ablauf der heutigen Informationsveranstaltung bekannt. Er betont, dass die aushängenden Pläne erste Entwürfe darstellen, zu denen die Anwesenden heute und in den nächsten Wochen ihre Anregungen, Fragen oder möglicherweise auch Kritiken äußern können. Alle eingehenden Stellungnahmen werden bei sachlicher Rechtfertigung zur Entscheidungsfindung im Rahmen der noch zu fassenden Beschlüsse den städtischen Gremien vorgelegt.

Sodann geht er auf den Zustand der Straße ein. Eine Erneuerung des Mischwasserkanals hat bereits im Jahr 2008 stattgefunden, so dass sich hier kein Sanierungsbedarf ergibt. Herr Becker gibt einen Überblick über die durch die städtischen Gremien bereits gefassten und noch zu fassenden Beschlüsse. So steht insbesondere der Grundsatzbeschluss mit sich anschließender Ausschreibung, Festsetzung des Stadtanteils und Auftragsvergabe aus. Er gibt einen Ausblick auf den Zeitrahmen für den Bauablauf. Eine Beratung in den Gremien über die Anregungen der Anlieger wird nach den Sommerferien stattfinden. Sodann wird der endgültige Planungsentwurf erarbeitet, auf dessen Grundlage Grundsatzbeschluss und Ausschreibung erfolgen. Mit einer Beschlussfassung zur Auftragsvergabe und Beginn der Bauarbeiten kann bei normalem Verlauf im Frühjahr 2020 gerechnet werden. Während der eigentlichen Bauphase finden wöchentlich Jour-Fix-Termine statt, die vor Ort die Möglichkeit bieten, Themen anzusprechen und Fragen zu klären. Herr Becker weist zudem darauf hin, dass vor Beginn der Ausbauarbeiten ein Beweissicherungsverfahren eingeleitet wird, so dass bei auftretenden Schäden im Zuge des Ausbaus berechnete Forderungen geltend gemacht werden können.

Im Anschluss an diese Einführung erläutert Herr Weinand vom beauftragten Ingenieurbüro anhand einer Präsentation den Zustand der Straße und beschreibt den geplanten Ausbau. Dieser wird im bestehenden Verkehrsraum in seiner kompletten Ausdehnung und auf einer Länge von rund 250 m stattfinden. Die Planunterlagen sind als Anlage der Niederschrift beigelegt. Die aktuelle Funktion der Straße soll beibehalten werden. Vorgesehen ist weiterhin eine unechte Einbahnstraße (Einfahrt aus Richtung Südallee, von Steinkauterweg und Bauerntal Einfahrt in beide Richtungen möglich; keine Zufahrt aus Richtung Europaplatz) mit einer vorgeschriebenen Höchstgeschwindigkeit von Tempo 30 für den gesamten Lindenweg. Der Ausbau der Fahrbahn erfolgt in einer Breite von 5,55 m - 6,10 m mit einer Asphalttschicht, die Parkplätze sind alternierend zwischen Einbauten mit Baumpflanzung angeordnet. Hierdurch kann bereits eine Geschwindigkeitsreduzierung erzielt werden. Mittels der Einbauten wird zudem eine Struktur für den Verkehrsraum geschaffen, der gerade bei den motorisierten Verkehrsteilnehmern für eine Erhöhung der Aufmerksamkeit sorgen soll. Die baulich von der Fahrbahn getrennten beidseits angeordneten Gehwege werden in einer Breite von ca. 2,00 mit Betonsteinpflaster ausgeführt. Bei der Fahrbahn sind zu Beginn und am Ende des Lindenweges sowie in den Kreuzungsbereichen Steinkauterweg und Bauerntal 4 - 6 cm hohe Anrampungen geplant, die zum einen ebenfalls für eine Tempodrosselung sorgen und zum anderen mobilitätseingeschränkten Personen als Überquerungshilfe dienen. Darüber hinaus besitzen die Anrampungen gerade im Kreuzungsbereich Südallee eine Signalwirkung für den Fremdverkehr, denn der Lindenweg erscheint in der Folge für Nicht-Anlieger weniger attraktiv. Ein Großteil des Fremdverkehrs wird so bereits außen vor gehalten.

Die ENM haben in 2007 Gas- und Wasserleitungen erneuert. Eine Überprüfung der Leitungen findet dennoch statt. Die Syna plant eine Neuverlegung der Stromversorgungsleitungen. Beim Ausbau wird zudem die Straßenbeleuchtung angepasst, so dass eine möglichst gleichmäßige Ausleuchtung gewährleistet ist. Die Telekommunikationsunternehmen haben sich noch nicht abschließend geäußert. Erfahrungsgemäß schließen diese sich bei Bedarf kurzfristig an.

Bei den Bauarbeiten werden die privaten Grundstückszufahrten für Angleichungsarbeiten tangiert. Vermutlich wird sich darüber hinaus trotz aller Sorgfalt nicht vermeiden lassen, dass im Zuge der Bauarbeiten das Wurzelwerk von zur Einfriedung der Grundstücke gepflanzten Hecken angegriffen wird. Bei zu starker Schädigung werden zum Ausgleich Ersatzpflanzungen vorgenommen. Von diesen Ausnahmen abgesehen findet der Ausbau im vorhandenen Bestand statt.

Der Parkplatz Lindenweg/Ecke Bauerntal ist nicht Gegenstand der Ausbaumaßnahme. Auch hier sind lediglich Angleichungsarbeiten geplant.

Die Dauer der Bauphase wird unter Vollsperrung mit etwa einem ½ Jahr kalkuliert. Die Baukosten belaufen sich geschätzt auf 610.000 Euro brutto, der Hauptanteil mit 279.750 Euro entfällt auf Rückbau, Bodenentsorgung und neue Tragschichten.

Aus der Zuhörerschaft wird die Frage gestellt, ob eine Bodenuntersuchung stattgefunden hat. Dies wird von Herrn Weinand bejaht. Ein Baugrundgutachten liegt vor, demnach ist eine bautechnische Verwertung nicht möglich.

Eine weitere Frage zielt darauf ab, ob nicht ähnlich wie im Harlos ein niveaugleicher Ausbau, d. h. ohne Höhendifferenz zwischen Gehweg und Fahrbahn, möglich sei. Von Seiten dieses einen Zuhörers werde diese Variante favorisiert. Hierzu erwidert Herr Weinand, dass es sich bei der Art des Ausbaus um eine Grundsatzentscheidung handelt, die die städtischen Gremien zu treffen haben. Prinzipiell sei ein niveaugleicher Ausbau denkbar, bei ausreichender Gesamtverkehrsraumbreite empfehle sich vor dem Hintergrund der Verkehrssicherheit jedoch die Ausweisung von separaten Gehwegen.

Eine weitere Frage hinsichtlich der Beschaffenheit der Straße in den Bereichen Südallee-Bauerntal und Bauerntal-Europaplatz beantwortet Herr Weinand dahingehend, dass es keine nennenswerten Unterschiede gibt. Die Straße Lindenweg sei über die gesamte Länge hinweg schadhaft.

Ein weiterer Zuhörer befürchtet Lärmbelästigungen durch die geplanten Anrampungen und verweist auf die Erfahrungen aus der Adolfstraße. Auch hierauf geht Herr Weinand ein und erläutert, dass es in früheren Zeiten tatsächlich diesbezüglich Probleme gegeben habe. Dies sei auf die Länge der Schwelle sowie die durchgängige Verwendung von Pflaster zurückzuführen gewesen. Bei den aktuell vorgesehenen Einrichtungen handelt es sich jedoch nicht um kurze Bodenschwellen, sondern es werden Podeste ungefähr in Pkw-Länge asphaltiert. Bei angepasster Fahrweise seien keine Belästigungen durch Lärm zu erwarten. Er verweist auf die Emser Straße in Koblenz-Horchheim. Hier seien nach dem Ausbau keine Beschwerden vorgetragen worden. Frau Merten von der Verwaltung ergänzt, dass man auch in verschiedenen Bereichen von Lahnstein Erfahrungen mit dieser Art von Podesten sammeln konnte. Bislang sei die Resonanz der betroffenen Anwohner durchweg positiv ausgefallen.

An die Ausführungen von Herrn Weinand schließt sich Herr Ludwig zur Thematik Straßenbeleuchtung sowie Stromkabelerneuerung an. Die Trafo-Station an der Einmündung Südallee datiert aus dem Jahr 1971 und soll erneuert werden. Im Lindenweg wird ein zusätzliches Kabel verlegt, um auf die steigenden Anforderungen in den kommenden Jahren gerüstet zu sein. Vorzugsweise im linken Bereich der Straße (von Südallee Richtung Europaplatz betrachtet) werden Straßenbeleuchtungskabel sowie Mittel- und Niederspannungskabel erneuert. Auch die Schaltschränke werden überprüft. Im Hinblick auf die Straßenbeleuchtung selbst werde derzeit noch geprüft, ob sie wechselseitig oder nur auf einer Straßenseite angeordnet wird. Hier gelte es, Konfliktsituationen mit belaubten Bäumen zu vermeiden und auch die Zufahrtsituation zu den Privatgrundstücken zu berücksichtigen.

Hiernach geht Herr Becher im Detail auf die Thematik der Ausbaubeitragserhebung, deren Rechtsgrundlagen in KAG und Satzung, natürliche Betrachtungsweise, beitragspflichtige Grundstücke, beitragsfähige Kosten, Vorausleistungserhebung und Ablöseverträge sowie zu möglichen Zahlungserleichterungen ein. Im Weiteren erläutert er den Anwesenden die weiteren Bemessungsgrundlagen wie Geschossflächenmaßstab und Eckgrundstücksvergünstigung, die jedoch für die Ausbaubeitragserhebung im Lindenweg keine Rolle spielen wird. Abschließend geht er auf die aktuell in der Öffentlichkeit geführten Diskussionen zur Abschaffung der Ausbaubeiträge ein (siehe auch bei "Fragen").

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt können noch keine verlässlichen Aussagen zur Beitragshöhe gemacht werden, denn diese sind erst nach Vorliegen der Submissionsergebnisse und Festlegung des Stadtanteils möglich. Dieser wurde bei der Erneuerung des Mischwasserkanals im Jahr 2008 auf 40 % festgesetzt und demzufolge auch für die kommenden Berechnungen angenommen. Auf Grundlage der vorliegenden Kostenschätzung und unter Berücksichtigung des Stadtanteils sowie der Gesamtgeschossfläche im Abrechnungsgebiet aus dem 2008 ergibt sich ein Beitragssatz je Quadratmeter Geschossfläche von ca. 20 Euro.

Im Anschluss an diese Ausführungen beginnt die Diskussionsrunde. Folgende Fragen und Anregungen werden geäußert:

Fragen

- Wie verhält es sich mit dem Straßenausbau und der Beitragserhebung, wenn die zurzeit diskutierten Ausbaubeiträge tatsächlich abgeschafft werden?

Bei der Ausbaubeitragserhebung handelt es sich um Landesrecht. Die rheinland-pfälzischen Kommunen sind an die derzeitige Gesetzeslage gebunden. Soweit im Kommunalabgabengesetz noch von einer Kann-Regelung zu lesen ist reduziert sich der Ermessensspielraum für eine Beitragserhebung durch die in der Gemeindeordnung verankerten Einnahmebeschaffungsgrundsätze auf Null. Der Beitragsanspruch selbst entsteht jedoch erst nach endgültigem Abschluss der Bauarbeiten mit der Berechenbarkeit der Maßnahme, also aller Voraussicht nach erst im Jahr 2021. Möglicherweise ergeben sich bis zu diesem Zeitpunkt neue Erkenntnisse. Die städtischen Gremien ihrerseits haben sich angesichts der Diskussionen zu diesem Thema für eine Fortsetzung der geplanten Maßnahmen ausgesprochen, befürworten jedoch eine Verschiebung der Vorausleistungserhebung bis zu einem vor haushaltsrechtlichen Gesichtspunkten noch zu vertretenden Zeitpunkt.

- Wie wird verfahren, wenn das Submissionsergebnis deutlich über der Kostenschätzung liegt?

In der Vergangenheit haben sich die Submissionsergebnisse im Rahmen der Kostenschätzungen bewegt. Zudem ist geplant, die Ausschreibung im Winterhalbjahr zu veröffentlichen. Dieser Zeitpunkt hat sich in der Vergangenheit als günstig erwiesen. Sollte das Ergebnis deutlich über der Kostenschätzung liegen besteht immer noch die Möglichkeit zur Aufhebung der Ausschreibung. In benachbarten Kommunen wurde zuletzt von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht. Eine Entscheidung hierüber obliegt dem Stadtrat.

- Worin liegt die Differenz zwischen den Stadtanteilen beim Ausbau der Straße Harlos (Ausbau in 2008/2009) und der Straße Lindenweg begründet?

Die Stadtanteile waren identisch.

- Welche Grundstücke werden bei der Verteilung berücksichtigt? Die Frage bezieht sich insbesondere auf die Gaststätte Bauertal und das Pfarrzentrum am Europaplatz.

Grundsätzlich unterliegen der Beitragspflicht alle Grundstücke, die an den Lindenweg als auszubauende Verkehrsanlage angrenzen (so z. B. auch das Pfarrzentrum). Bei ein paar wenigen Grundstücken steht eine abschließende Beurteilung noch aus.

- *Der Lindenweg werde oftmals als Schleichweg verwendet. Wie kann das verhindert werden, wenn z. B. die Adolfstraße ausgebaut wird?*

Bei einem erhöhten Verkehrsaufkommen wegen Baumaßnahmen in benachbarten Straßen handelt es sich um eine irreguläre Verkehrssituation, die über diesen Zeitraum hinzunehmen ist.

- *Wer ist für die Pflege der geplanten Bauminselfn zuständig?*

Grundsätzlich obliegt die Pflege der Stadt. Es besteht die Möglichkeit zum Abschluss eines Patenschaftsvertrages.

- *Wie wird mit den in der heutigen Versammlung mehrheitlich vorgetragenen Wünschen/Anregungen der Anlieger umgegangen?*

Den städtischen Gremien werden sämtliche Rückmeldungen - auch die, die nach der Versammlung bei der Verwaltung eingehen - für eine weitere Entscheidungsfindung zur Kenntnis gegeben. Im Rahmen ihrer demokratisch legitimierten Vertretungsbefugnis für die Bürgerschaft wird nach entsprechendem Abwägungsprozess die Ausbauvariante festgelegt. Diese muss jedoch nicht mit den mehrheitlich vorgetragenen Wünschen der Anwohner übereinstimmen.

- *In welcher Größenordnung bewegt sich die Kosteneinsparung bei Verzicht auf die Bauminselfn und Anrampungen?*

Die Einsparung bewegt sich im marginalen Bereich von 2 bis max. 5 %. Die auszubauende Fläche ist relevant, die Anlegung von Baumbeeten fällt dabei nicht ins Gewicht. Die Podeste machen einen Unterschied von insgesamt etwa 20.000 Euro aus.

- *Besteht die Möglichkeit, den Lindenweg als echte Einbahnstraße auszuweisen und hat diese Variante Einfluss auf die Kosten?*

Eine Ausweisung als Einbahnstraße ist eine rein verkehrsrechtliche Angelegenheit. Die Kosten bleiben davon unberührt.

Aus der Mitte der Zuhörerschaft wird eine Abstimmung über die Anpflanzung von Bäumen sowie der Installation der Anrampungen angeregt. Bei 2 Gegenstimmen spricht sich die eindeutige Mehrheit der Anwesenden gegen Bäume und Anrampungen im Lindenweg aus. Verwaltungsseitig wird allerdings festgestellt, dass nur ungefähr die Hälfte der angeschriebenen Eigentümer anwesend ist und sich im Auditorium Nicht-Eigentümer aufhalten, weswegen die Abstimmung nur ein aktuelles Meinungsbild wiedergibt.

- *Der Durchgangsverkehr sei angesichts der Schulwegsfunktion höher als im Harlos, ein identischer Stadtanteil sei daher nicht nachvollziehbar.*

Beim Anliegerverkehr sind mehrere Mehrfamilienhäuser der Baugenossenschaft sowie das Pfarrzentrum zu berücksichtigen, die für sich genommen schon einen erheblichen Ziel- und Quellverkehr auslösen. Die Schulwegsfunktion wurde bereits im Jahr 2008 entsprechend gewürdigt. Allerdings stellt der Lindenweg nicht die alleinige Verbindung Richtung Schulzentrum dar.

Anregungen/Bedenken

- Bei der geplanten Ausbauvariante stehen weniger Parkplätze zur Verfügung. Durch die Parkraumbewirtschaftung in der Südallee herrscht zunehmend Parkdruck im Lindenweg.

- Die Kleinwüchsigkeit der vorgesehenen Bäume in den Einbauten wird angezweifelt.

- Baumanpflanzungen werden mehrheitlich abgelehnt. Begründet wird die ablehnende Haltung mit den vorhandenen Vorgärten. Weitere Grünflächen seien somit entbehrlich, verursachen nur Pflegeaufwand, führen zu Verschattungen/Verdunklungen von Räumen in den Erdgeschossen und zu einer weiteren Reduzierung von Parkplätzen. In diesem Zusammenhang wird darauf hingewiesen, dass die Mehrfamilienhäuser der Baugenossenschaft über keinerlei Stellplätze auf den privaten Flächen verfügen und jeder verfügbare Parkplatz benötigt wird.

Herr Weinand verdeutlicht nochmals, dass eine Verkehrsraumbreite von insgesamt 9,50 m zur Verfügung stehe. Die Einbauten dienen der Strukturierung und Neuordnung der Straße und können sowohl mit Baumanpflanzungen, aber auch mit Bodendeckern oder Schotter versehen werden. Ohne diese "Gestaltung" wirke die 9,50 m Straße wie ein breites Band und wie "vergessen".

- Autofahrer ignorieren die Beschilderung und fahren trotz "Spardosensymbol" vom Europaplatz aus verbotswidrig in den Lindenweg ein.

- Die heutige Verkehrsregelung (unechte Einbahnstraße) wurde nach einer Reihe von Unfällen eingeführt und hat sich nach Ansicht der Anwohner bewährt. Mit den Podesten und dem versetzten Parken würden gleich mehrfach verkehrsberuhigende Maßnahmen ergriffen, deren Notwendigkeit im Rahmen der Versammlung kritisch hinterfragt werden.

- In Koblenz-Horchheim wurde die zulässige Höchstgeschwindigkeit auf Tempo 20 vorgegeben. An dieses Limit halte sich niemand. Die Einhaltung von Tempo 30 im Lindenweg wird stark angezweifelt, zudem entstehe durch die vorgesehenen Anrampungen Lärm.

- Von einem Anwohner wird erneut der niveaugleiche Ausbau entsprechend der Straße Harlos angeregt. Ggfs biete sich auch eine verkehrsberuhigte Zone an.

Anmerkung von Herrn Weinand: In diesem Fall müssen zwingend bauliche Elemente vorgehalten werden.

- Die Verbreiterung der Gehwegbereiche in den Kreuzungsbereichen Steinkauterweg und Bauerntal wird kritisch bewertet. Bereits heute sei zu beobachten, dass das Müllfahrzeug den Gehweg touchiert und dadurch der Bordstein beschädigt werde.

Anmerkung von Herrn Weinand: Die Schleppkurven werden noch berechnet. Die Verbreiterung fällt jedoch weg, wenn bei der Berechnung im Ergebnis die Gehwegbereiche tangiert werden.

Als Fazit der heutigen Versammlung kann im Kern festgehalten werden, dass sich die anwesenden Anlieger wegen des Verlustes von ca. 5 - 6 Parkplätzen gegen die Anlegung von Bauminselfen sowie wegen befürchteter Lärmbelastungen gegen die Anrampungen aussprechen.

Die Veranstaltung endet um 20.45 Uhr. Die Anlieger werden wiederholt darauf hingewiesen, dass die jeweiligen Sachbearbeiter bei vorheriger Terminvereinbarung jederzeit für Informationen zur Verfügung stehen und weiterhin Anregungen und Stellungnahmen bei der Verwaltung eingereicht werden können. Die Planunterlagen sind zudem im Internet einsehbar. Im Anschluss an den offiziellen Teil werden Pläne eingesehen und Einzelfragen beantwortet.

Im Auftrag


(Puggé)

ges. 
(Becher)

Ø Herr Becker - Fachbereichsleiter Technik ✓
Ø Abt. Tiefbau ✓

08/08.2019